

Entwicklungshilfe

Viel Geld hilft nicht viel

Über 50 Jahre erhielten arme Länder 4000 Mrd. \$ an öffentlicher Entwicklungshilfe. Das Wachstum hat sich aber nicht verbessert. Welche Konsequenzen sind zu ziehen? Zwei Ökonomen geben Auskunft.

von Christoph Eisenring, Berlin
5.12.2015



Für Länder südlich der Sahara wie den Südsudan ist die Entwicklungshilfe ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. (Bild: Adriane Ohanesian / Reuters)

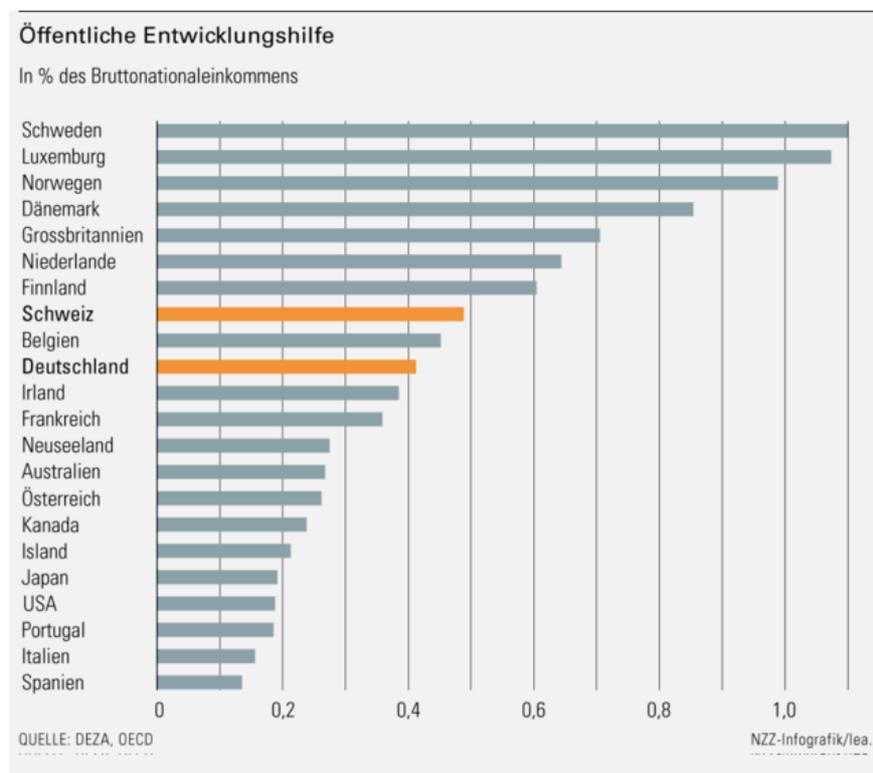
Die Schweiz und Deutschland haben über die letzten Jahre die öffentliche Entwicklungshilfe stark ausgebaut. In der Schweiz verdoppelte sich der Betrag innert zehn Jahren auf 3,5 Mrd. \$ (wobei der starke Franken half), in Deutschland stieg er von 10 Mrd. auf 16 Mrd. \$. Unlängst hat Berlin zudem beschlossen, über die kommenden vier Jahre die Entwicklungsausgaben gegenüber den ursprünglichen Plänen um 8 Mrd. € aufzustocken. Doch sind die bisherigen Erfahrungen so gut, dass man die staatlichen Aktivitäten ausbauen sollte, statt etwa die Steuern zu senken oder das Geld in die Infrastruktur zu stecken?

Bisher 4000 Milliarden Dollar

Seit 1960 haben die Industriestaaten rund 4000 Mrd. \$ den Entwicklungsländern zur Verfügung gestellt. Martin Paldam von der Universität Aarhus hat 141 Studien seit den 1970er Jahren ausgewertet, die den Effekt der Entwicklungshilfe auf das Wirtschaftswachstum untersucht haben. Sein Fazit ist enttäuschend: Im Schnitt gibt es keinen Zusammenhang, die Korrelation ist praktisch null. Wessen Forschung von Entwicklungshilfeorganisationen finanziert wurde, weist zudem signifikant positivere Effekte aus als unabhängige Forscher, sagt Paldam. Gerade für Länder südlich der Sahara ist die Entwicklungshilfe mit im

Schnitt 14% Anteil an der Wirtschaftsleistung bedeutend. Man müsste deshalb einen positiven Effekt erwarten, findet ihn aber nicht. Für Paldam liefert die Forschung somit keine Rechtfertigung, die Hilfe weiter auszuweiten.

Der Entwicklungsökonom Axel Dreher von der Universität Heidelberg hat zwar ähnliche Resultate erhalten wie Paldam. Doch hinter der derzeitigen Ausweitung stünden andere Gründe als die der klassischen Entwicklungshilfe. So wird die Hilfe verstärkt, um Flüchtlinge aus Syrien oder Afghanistan in ihrem angestammten Raum zu halten. Es gibt mehr Geld für Flüchtlingslager in der Türkei oder Jordanien. Dies lasse sich ökonomisch durchaus vertreten, da man mit einem Euro dort mehr erreiche als in Deutschland.



Solche Entwicklungshilfe hilft also besonders dem Geberland, da die Flüchtlinge eher zum Bleiben animiert werden. Dies könne man sicher machen, stimmt Paldam zwar zu, aber letztlich wolle man mit Entwicklungshilfe doch die wirtschaftliche Situation der Menschen verbessern – und hier sehe man eben über die Jahrzehnte keinen Effekt. Es würden auch immer neue Ziele definiert, man denke an die Bekämpfung des Klimawandels oder die Millenniumsziele der Uno. Er frage sich, ob man das mache, weil das ursprüngliche Ziel nicht erreicht wurde, sagt Paldam.

Freihandel statt Hilfe

Dreher hat in seiner eigenen Forschung herausgefunden, dass Entwicklungsländer, die vorübergehend im Uno-Sicherheitsrat Einsitz nehmen, bis zu 60% mehr Entwicklungshilfe erhalten als vorher. Etwas zugespitzt setzt man die Gelder also ein, um Stimmen in internationalen Organisationen zu kaufen. Ein weiterer Grund für Transfers liegt darin, fragile Länder im Kampf gegen den Terror auf der eigenen Seite zu wissen. Auch hier steht somit das Eigeninteresse der Geber im Vordergrund – kein Wunder, sehe man keinen Effekt aufs Wachstum, sagt Dreher.

Erstaunlicherweise gelten bei der Weltbank drei Viertel der Projekte als erfolgreich und bei der deutschen Entwicklungshilfe sogar 80%. Wenn es aber so viele gute Projekte gibt, weshalb sieht man dann keinen Effekt in der Gesamtwirtschaft? Dreher macht ein Beispiel, um dieses Paradox zu erklären. Angenommen, eine Regierung habe ein gutes Projekt und ein schlechtes, etwa einen Prestigebau. Das gute Projekt wird nun mit Entwicklungshilfe finanziert. Die Hilfe macht damit Geld frei für den unnötigen Prestigebau, der im Unterhalt teuer ist. Das gute Projekt schliesst in der Evaluation bestens ab, doch insgesamt sieht man für die Volkswirtschaft keinen Effekt, weil auch das schlechte realisiert wird, wo das Geld versickert.

0,7 Prozent sind willkürlich

Für Paldam ist die Losung jedenfalls klar. Sie heisst «Trade not aid» – Handel sei viel besser als Entwicklungshilfe. Dreher gibt der Entwicklungshilfe dagegen noch eine Chance. In korrupten Ländern sollte man nur Nothilfe bei Katastrophen leisten. Entwicklungshilfe schade hier, weil sie autokratische Regime an der Macht halte.

Er spricht sich stattdessen dafür aus, Entwicklungshilfe an Bedingungen zu knüpfen, die ein Land im Voraus erfüllen muss. Hierbei kann man sich auf Indikatoren von Organisationen wie der Weltbank oder Think-Tanks stützen, man denke an solche zur Korruption, Rechtsstaatlichkeit oder Achtung der Menschenrechte. In den USA funktioniert die Millennium Challenge Corporation (MCC), eine staatliche Hilfsorganisation, nach diesem Prinzip. Sie vergibt Gelder nur dann, wenn ein Land bestimmte Mindeststandards erfüllt.

Dies würde er sich auch von der deutschen Entwicklungshilfe wünschen, sagt Dreher. Gerade in korrupten Staaten versuche Deutschland an der Regierung vorbei zu agieren, doch wäre es besser, transparenten Regeln zu folgen, schlägt er vor. Und was hält er vom Uno-Ziel, dass reiche Länder 0,7% ihrer Wirtschaftsleistung für Entwicklungshilfe ausgeben sollten (die OECD-Länder liegen etwa bei 0,4%, vgl. Grafik)? Eine solche Zahl sei willkürlich und habe keinerlei ökonomische Rechtfertigung, bringt es der Ökonom auf den Punkt.

David Meier

Empfehlenswert zum Thema Entwicklungshilfe sind die Forschungen von Angus Deaton (diesjähriger Nobelpreisträger in Wirtschaft). Er kommt zum Schluss, dass Entwicklungshilfen sogar negative Auswirkungen auf ein Land und dessen Entwicklung haben. Denn der gesellschafts Vertrag zwischen Staat und seinen Bürgern wird dadurch gestört, dass ein Geldstrom von Dritten kommen, bei dem keine Verantwortung dafür besteht, was mit dem Geld gemacht oder wie es eingesetzt werden soll. Trotzdem kann man diese Länder unterstützen. Zum Beispiel kann man ihnen gut ausgebildete Unterhändler zur Seite stellen, bei Verhandlung über einen Freihandelsvertrag. Heute ist bei der Abschliessung von diesen zwischen Entwicklungsland und Industrieland oft das Problem, dass das Industrieland einen für sich viel besseren Vertrag aushandelt, was sich negativ auf den Export und den Binnenmarkt auswirkt.

Diese Überlegungen sind sehr durchdacht und man könnte schon mit relativ wenig Geld viel erreichen.

Andreas Inderbitzin David Meier

Sehr guter Ansatz. Woher soll man aber diese gut ausgebildeten Unterhändler nehmen ? Die fähigsten Leute sitzen in den Gremien der internationalen Grosskonzerne und denen ist das Wohl der Dritten Welt absolut egal.

Margot Helmers

Dabei muss man erwähnen, dass die Mitarbeiter der gewerblichen Entwicklungshilfe ausserordentlich hohe Löhne und Spesen haben. Auch die Aktivitäten von Frankreich in Afrika sollten öfters und deutlich angeprangert werden. In den 1950er- und 60er-Jahren entschieden die afrikanischen Kolonien Frankreichs, sich unabhängig zu machen. Zwar akzeptierte die franz. Regierung die Unabhängigkeitserklärungen formal, verlangte jedoch, dass die Länder einen sogenannten „Pakt zur Fortsetzung der Kolonialisierung“ unterzeichnen. Darin verpflichteten sie sich, die f. Kolonialwährung FCFA („Franc für die Kolonien Frankreichs in Afrika“) einzuführen, das f. Schul- und Militärsystem beizubehalten und Französisch als Amtssprache zu etablieren. Aufgrund dieses Gesetzes sind 14 afrikanische Staaten nach wie vor dazu verpflichtet, etwa 85 % ihrer Währungsreserven in der französischen Zentralbank zu lagern. Dort unterstehen sie der direkten Kontrolle des f. Finanzministeriums. Die betroffenen Länder haben keinen Zugang zu diesem Teil ihrer Reserven. Sollten ihre

verbleibenden 15 % Reserven nicht ausreichen, müssen sie sich die zusätzlichen Mittel vom f. Finanzministerium zu marktüblichen Zinsen leihen. Seit 1961 kontrolliert Paris so die Währungsreserven von Benin, Burkina Faso, Kongo, Togo, Guinea-Bissau, Elfenbeinküste, Mali, Niger, Senegal, Kamerun, Gabun, Zentralafrikanische Republik, Tschad und Äquatorialguinea. Zudem müssen diese Länder jährlich ihre „kolonialen Schulden“ für die von Frankreich errichtete Infrastruktur an Paris überweisen. Es heisst, F. nimmt so rund 440 Milliarden € jedes Jahr ein. F. verfügt auch über ein Vorkaufsrecht auf alle neu entdeckten Rohstoffvorkommen in den afrikanischen Ländern. Und schließlich müssen französische Unternehmen bei der Vergabe von Aufträgen in den Ex-Kolonien bevorzugt behandelt werden. Als Folge dessen befinden sich dort die meisten Vermögenswerte in den Bereichen Versorgung, Finanzen, Transport, Energie und Landwirtschaft in den Händen französischer Konzerne. Jeder afrikanische Politiker, der nicht parrierte wurde weggeputscht, Quelle: <http://www.siliconafrika.com/f...> Der ehemalige französische Präsident Jacques Chirac sagte im März 2008: „Ohne Afrika würde Frankreich in den Rang eines Drittweltlandes abrutschen.“ Es wäre schön, wenn die Journalisten auch diesbezüglich mal recherchieren würden.

jonumber1 Margot Helmers

"Es heisst, F. nimmt so rund 440 Milliarden € jedes Jahr ein"

Es sind wohl eher 440 Milliarden Euro in 60 Jahren. 440 Milliarden € pro Jahr das wäre der Wert des gesamten jährlichen Exports Frankreichs. Der Fehler wurde wohl inzwischen im Originalartikel (R. Koutonin) korrigiert, aber eben nur im Originalartikel :). Aber selbst die Darlegung im Originalartikel, speziell die Begründung dieser Zahl ist mangelhaft, für mich nicht nachvollziehbar, keine Quellen, ...

hoponopono Margot Helmers

Bravo ! dieser Kommentar verschiebt des Lesers Horizont von "blauäugig-rosa" auf "transparent", was Herr Eisenring leider verpasst hat. Ich versuche seit Jahren darauf hinzuweisen, dass die europäischen (und natürlich amerikanischen) Medien einfach nicht gewillt (oder fähig ?) sind, ehrlich aufklärend und mit fundiert, recherchierten Hintergründen die "Konsumenten" (was sonst sind wir geworden ?) aufzuklären und ihnen Zugang zu den "Facts" zu verschaffen. Ich bin kein Freund von Verschwörungstheorien, aber manchmal denke ich, dass die Medien "bewusst" Hintergründe verschleiern, um die Konsumenten "dumm" zu halten und damit Revolutionen zu verhindern. Mag naiv klingen, aber nach 20 Jahren Afrika bereisen und bewohnen, kann ich nur immer wieder den Kopf schütteln, wie einseitig die europäisch westlichen Medien über Afrika berichten und wie wenig ihnen daran liegt, den geneigten Leser aufzurütteln und zu ermutigen, durch sein eigenes Handeln in den Prozess der Veränderung einzugreifen. Solange die europäischen Staaten (nur als Beispiel für den Westen) lächerliche 0,5% ihrer Wirtschaftsleistung als "Alibiübung" in "Entwicklungshilfe" stecken, und sich gleichzeitig mit unfairen Preisen, wirtschaftstötenden Importzöllen und anderen, willkürlichen Massnahmen die afrikanischen Produkte "auf Distanz" halten, solange wird sich auch nichts entwickeln können sondern es bleibt verwickelt ! Wenn Staaten wie die USA es fertigbringen, respektlose 0,2% des BIP in Entwicklungshilfe, demgegenüber aber fast 20% (!) in die Kriegsindustrie zu versenken, dann sollte uns der Kurs klar sein. Aber, die gute Seite, WIR haben es in der Hand, unsere Kommunikation mit anderen Menschen, unsere "Einkaufspolitik" und unser Bewusstsein das wir an unsere Kinder weitergeben, kann daran etwas ändern.

Rik Ner

Es wäre sicherlich kein Fehler gewesen bei einem solchen Thema jene Zahl aufzulisten welche angibt wieviele Milliarden Franken die Geldgeber Staaten dank solch armen Ländern eingenommen haben. Ausbeutung von Bodenschätzen, etc...Natürlich gibt es Geldgeber Staaten welche in erster Linie Entwicklungshilfe leisten und nicht auf lukrative Gegengeschäfte aus sind. Aber ich meine die "schwarzen Schafe"!

Wird also diese Zahl über od unter 4000 Mrd Franken zu liegen kommen? Denn liegt diese darüber - was ich jetzt mal annehme wenn man als Zeitraum 50 Jahre hernimmt - wurden die armen Länder also unterm Strich noch ärmer gemacht.

Herr Eisenring könnte also seinen Bericht gerne um diesen Punkt erweitern...

David P. Amrein Rik Ner • vor einem Tag

Ich gehe davon aus, sie taxieren jeden Handel mit einem armen Land als "Ausbeutung"? Ein kommunistisches Argument, schon lange widerlegt. Natuerlich gab es Ausbeutung. In der Kolonialzeit wurden Reichtuemer einfach abtransportiert. Ein auf Vertraegen basierender Handel mit Bodenschaetzen oder Agrarprodukten beschert den Erzeugerstaaten viele Moeglichkeiten. Jede afrikanische Banane und jedes brasilianische Erz als "Ausbeutung" zu taxieren, geht wohl an der Realitaet vorbei. Sogar Afrika hat in den letzten Jahrzehnten wirtschaftlich erhebliche Fortschritte gemacht. Nicht wegen Entwicklungshilfe, sondern weil Handel betrieben wird -- ganz eigennuetzig. Nicht von Gutmenschen, die lieb Geld nach Afrika schicken wollen, sondern von Geschaeftsleuten, die Geld verdienen wollen. Denken Sie mal drueber nach.

Andreas Inderbitzin David P. Amrein

Das habe ich. Leider kam ich nicht zum gleichen Schluss wie Sie. Wir exportieren subventionierte Gueter, also unter dem Erstellungspreis in afrikanische Laender und sabotieren so, dessen Aufbauarbeit in die eigene Produktion.

Auch ist der westliche Markt inzwischen, durch internationale Grosskonzerne derart vereinheitlicht worden, dass Preise nicht mehr durch die produzierenden Entwicklungslaender, sondern durch die Konzerne bestimmt werden. Das sind also keine Verswoerungstheorien sondern Fakten, welche inzwischen in ARD, SRF, usw. gesendet worden sind.

Vielleicht sollten Sie nochmals genauer darueber nachdenken, Herr Amrein.

Rik Ner

"...Hierbei kann man sich auf Indikatoren von Organisationen wie der Weltbank..."

Und in der Weltbank geben wiederum die USA den Ton an. Was dann letztendlich wohl nur Laender zugute kommen wird welche sich den Wuenschen der USA unterwerfen. Das kann es dann ja auch nicht sein...

denknach

eine studie mehr und jetzt? nichts neues. das spenden in entwicklungslaender nicht helfen, wissen wir seit mehr als 20 jahren.

da werden gelder investiert um hunderttausende kinder zu retten, damit diese dann nichts zu essen haben und spaeter als kindersoldaten enden. millionen werden an die korrupten regierungen bezahlt, damit man ueberhaupt helfen kann und damit stuetzt man dann genau diese regierungen, die das land auspressen. usw. da ist nichts neues dabei.

IceKing denknach

Das Problem sind doch nicht etwa die Entwicklungshilfe sondern die ansaessigen Kulturen und Gesellschaften. Und diese sind es, die eine langfristige Weiterentwicklung zu verhindern wissen. Eine soziale Weiterentwicklung wuerde naemlich bedeuten, das diese Strukturen obsolet werden.

Und daran haben weder die, die an der Macht sind, noch die Mehrheit der dortigen Voelker kein Interesse.

Der zweite Grund ist, dass vor allem in Entwicklungslaendern immer der Trend da ist, Probleme auf andere zu schieben.

Das gab es schon damals: Als wir z.B. in einigen Doerfern Brunnenprojekte zur Versorgung der Bevoelkerung organisiert haben haben sich die vorher staatlich finanzierten (wenn auch schlechteren) Organisationen nahezu voellstaendig zurueckgezogen.

Im groeueren Maestab will man naemlich auch keine Auswanderer oder Fluechtlinge zurueck haben, da diese eine Belastung des Staates darstellen wuerden. Dafuer wird dann aber bei der naechsten Klimakonferenz wieder groe gefordert mit Hinweis auf die "Klimaschaeden", wobei "Bevoelkerungswachstum" vollkommen auoen vor gelassen wird. Damit kommen wir naemlich zum dritten Grund:

Die dortigen Strukturen sind es naemlich auch, die dafuer verantwortlich sind, dass das, was den Menschen eigentlich eine Altersvorsorge garantieren soll, naemlich viele Kinder, sogar ganze Familien immer weiter verarmen lassen.

Das ist dann eine Mischung aus oftmals Religion, Stammes/Clanspflichten, Traditionen, etc., die dafür verantwortlich ist.

Wer also Entwicklungshilfe betreiben will sollte in erster Linie die dortigen Gesellschaftsordnungen und Traditionen abschaffen. Dafür wären Projekte im Bereich der Bildung sehr viel nötiger als wieder mal eine Nahrungslieferung, die spätestens in wenigen Jahren wegen Bevölkerungswachstum verdoppelt werden muss.

Turicus • vor einem Tag

Wirtschaftswachstum als einzigen Faktor auszuwählen, ist auch engsichtig. Die Anzahl der Armen hat sich über die letzten 30 Jahre massiv reduziert (1981 44% der Weltbevölkerung, 1990 37%, heute 13%). Auch wenn also nicht massives absolutes Wachstum erzeugt wurde, ist es zumindest heute besser verteilt. Dazu kommen reduzierte CO2 Emissionen, tiefere Säuglingssterblichkeit, Geschlechtergleichberechtigung usw. BIP Wachstum ist nicht das einzige was zählt. Woher weiss der Autor überhaupt, wieviel Wachstum es ohne EZA gegeben hätte?

Klar, verbessern kann und soll man immer, und auch die 0,7% sind diskutierbar. Aber einfach pauschal sagen, es nützt alles nichts ist etwas simpel.